



Der HPR wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Start in das Jahr 2016!

Zum Ausklang des vergangenen Jahres hatte der HPR seine halbjährliche „Gemeinsame Besprechung“, an der neben den Vertretern der Dienststelle auch Frau Ministerin Löhrmann und Herr Staatssekretär Hecke teilnahmen. Wir fassen die Diskussion zu den folgenden Themenschwerpunkten zusammen.

Inklusion

Der Dauerbrenner in den halbjährlichen „Gemeinsamen Besprechungen“ ist in den letzten Jahren das Thema „Inklusion“ gewesen. Das MSW ist dabei auch diesmal seiner bekannten „weisen“ Strategie treu geblieben:

- Überwog aber in der Vergangenheit das **Nicht-Sehen** („*Es gibt keine Problem, es ist alles auskömmlich geregelt und es gibt keine Brüche gegenüber den alten Standards aus den ‚Integrativen Lerngruppen‘.*“),
- gefolgt von **Nicht-Hören** („*Uns sind keine Probleme bekannt, die von Ihnen geschilderten sind nur Einzelfälle, insbesondere von Schulen mit langer inklusiver Tradition, die um ihre Ressourcen fürchten.*“)
- so war es in der letzten Besprechung ein (beredtes) **Nicht-Sprechen**. Der HPR hatte auf der Grundlage der offiziellen Lehrerversorgungszahlen für die Schülerinnen und Schüler mit ausgewiesenem Förderbedarf „Lern- und Entwicklungsstörung“ aus dem sogenannten „Budget“ einen durchschnittlichen Anspruch auf entsprechende sonderpädagogische Unterstützung durch ausgebildete Fachlehrkräfte im Umfang von allenfalls 2 Lehrerwochenstunden errechnet. Damit konfrontiert, war die Ministerin - im Wortsinn - „sprachlos“. Es gab keinen (!) Versuch einer Antwort auf unsere Frage, wie bei einer solchen Stellenausstattung ein erfolversprechendes inklusives Personaleinsatzkonzept an den Schulen aussehen könnte. Insbesondere in den Fällen ist die Not offenkundig, wenn die Mehrzahl dieser Kinder Probleme im emotional-sozialen Bereich zeigen und etliche Mitschülerinnen und -schüler ohne ein eingeleitetes oder fortgeführtes AO-SF-Verfahren gleichartige Auffälligkeiten im Verhalten aufweisen.

Der HPR kann nur hoffen, dass diese Strategie des MSW für die Zukunft damit ausgereizt ist und nun endlich Taten folgen, um die zum Teil dramatische Situation an den „Schulen des Gemeinsamen Lernens“ deutlich zu verbessern, bevor die Kolleginnen und Kollegen an der Aufgabe zerbrochen sind.

Es bleibt aber festzuhalten: Missstände in der Ausstattung der Schulen sollten (auch über die örtlichen Personalräte bei den Bezirksregierungen) unbedingt an die dortige Dienst- und Fachaufsicht weitergeleitet werden. Denn diese ist dafür verantwortlich, dass die vorhandenen Ressourcen (auch über Schulformgrenzen hinaus) an die Schulen bedarfsgerecht zugewiesen werden, die sich dieser Aufgabe stellen (müssen)!

Schulische Bildung von Flüchtlingskindern

Das Recht auf Bildung für Flüchtlingskinder umzusetzen – dieser Aufgabe stellen sich die Beschäftigten unserer Schulformen in besonderem Maße. Mittlerweile geht man davon aus, dass 2016 ca. 50.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche in Regelklassen und sogenannten Auffangklassen beschult werden. Genauere Zahlen über den Anstieg der Schülerinnen und Schüler werden erst noch erhoben.

Bisher sind 900 Integrationsstellen zur Sprachförderung (DaZ/DaF) und 4124 Stellen für den Grundbedarf in 2015 und 2016 neu bereitgestellt worden. Die Verteilung der Stellen erfolgt regional und die Bezirksregierungen entscheiden über die Zuweisung. Um die Stellen zu besetzen, wurden zusätzliche Einstellungstermine eingeführt. Die ersten Stellen wurden im November 2015 ausgeschrieben; weitere Einstellungen sollen zum 1.2.2016; 1.5.2016; 1.8.2016 und 1.11.2016 erfolgen.

Problem– Bewerberlage

Für die SI-Stellen stehen derzeit nicht mehr genügend Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung. Dies führt in der Folge dazu, dass auch die Stellen für flexible Mittel an den Schulen nur noch schwer zu besetzen sind. Nach wie vor gibt es aber genügend Bewerber für die SII-Stellen. Der HPR fordert deshalb das MSW auf, die SI – Stellen attraktiver zu machen.

Problem – Klassengröße

Durch die Integration der Flüchtlingskinder werden die maximalen Klassengrößen in Regelklassen und Auffangklassen zum Teil erheblich überschritten; davon sind Gesamtschulen und Sekundarschulen im Vergleich zu anderen Schulformen überproportional betroffen. Der HPR hat das MSW auf dieses Problem hingewiesen und fordert dazu eine Regelung. Ein dem HPR überreichter Erlass an die Bezirksregierungen vom 12.11.2015 zur „Mehrklassenbildung“ löst das Problem für Gesamtschulen nicht. Der HPR wird sich beim MSW weiterhin dafür einsetzen, dass die Klassen verkleinert werden können. Eine Absenkung der Bandbreite für die Klassenbildung an Gesamtschulen wurde vom MSW angekündigt.

Problem – Fortbildung und Qualifizierung

Der HPR geht davon aus, dass Integration durch Bildung eine Kernaufgabe des gesamten Bildungssystems für die kommenden Jahre sein wird und nicht nur durch die DaZ-Lehrkräfte geleistet werden kann. Wir setzen uns deshalb beim MSW dafür ein, dass dafür notwendige Fortbildungsmaßnahmen ausgeweitet werden. Derzeit laufen bei den fünf Bezirksregierungen Zertifikatskurse für Deutsch als Zweitsprache mit 111 Teilnehmern und zusätzlich gibt es einige Unterstützungsangebote bei den Kompetenzteams. Wir sagen: Das reicht nicht aus!

Schulen mit Teilstandorten

Die Ministerin hat angekündigt, dass bis Ende Februar 2016 geklärt sein wird, wie die angekündigte Arbeitsgruppe im MSW zu dem Thema ausgestaltet sein wird und welchen Arbeitsauftrag sie erhält. Nicht nur der HPR ist gespannt!